



JOSE GIRIBAS

Bundeswehrosoldaten im afghanischen Masar-i-Scharif: Der erhoffte Frieden nach dem Krieg will sich nicht einstellen

AUSSENPOLITIK

Eingeschränkte Solidarität

21 tote Soldaten und ein gefährlicher Kompetenz-Wirrwarr in Afghanistan haben Folgen: Berlin will die „uneingeschränkte Solidarität“ weiter aufweichen, die Kanzler Gerhard Schröder den USA einst zusicherte. Deutschland plant den Ausstieg aus der Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“.

Die Katastrophe passt in fünfeinhalb Zeilen. Mehr brauchen die Militärauswerter des Bonner Führungsstabs der Streitkräfte nicht, um in ihrem vertraulichen Lagebericht für den Verteidigungsminister ein realistisches Bild des alltäglichen Grauens zu zeichnen. Fünfeinhalb Zeilen Daten, Fakten und Zahlen, um das Dilemma des Westens in Afghanistan zu schildern.

In den drei Tagen vom 18. bis zum 20. Mai habe die Nato-Schutztruppe Isaf „landesweit 61 Sicherheitsvorfälle“ registriert, schreiben die Militärs in ihrem Bericht vom vergangenen Montag. Zwei davon hätten sich im Bereich des Regionalkommandos Nord ereignet, das von der Bundeswehr geführt wird, 21 im Osten und 38 im Bereich der Niederländer im Süden: „Es handelte sich um Schusswechsel/Gefechte (40x), Sprengstoffanschläge (14x) – darun-



FEDERICO GAMBARINI / DPA

Verteidigungsminister Jung, Soldaten*: Jeder neue Holzarg schockiert

* Bei der Trauerfeier für drei in Kunduz getötete Bundeswehrosoldaten am 23. Mai in Köln-Wahn.

ter drei Selbstmordanschläge (in den Provinzen Kandahar, Kunduz, Paktia) sowie indirekten Beschuss (7x).“ Bei den „Vorfällen“ seien drei Isaf-Soldaten getötet und weitere 20 verwundet worden.

Das in Wahrheit dramatische Wochenende in Afghanistan fassen die Militärs kühl zusammen: „Die Art und Anzahl sowie der regionale Schwerpunkt der Vorfälle entspricht dem gewohnten Bild der letzten Wochen im Vergleichszeitraum“, konstatieren sie. Der zurückhaltend formulierte Befund mag für die beteiligten Nato-Staaten insgesamt zutreffend sein, für die Bundeswehr galt er nicht. Denn dieses Mal waren es drei Männer aus Bonn, Kiel und dem hessischen Crumstadt, die auf einem Markt im nordafghanischen Kunduz einem Selbstmordbomber zum Opfer fielen. Jeder neue Holzsarg, der in Köln-Wahn in einem schmucklosen Flugzeug-Hangar unter Trommelwirbel aufgebahrt wird, schockiert nicht nur die Kameraden und Angehörigen, sondern auch die Öffentlichkeit. 21 deutsche Soldaten haben inzwischen am Hindukusch ihr Leben lassen müssen.

Abenteuer Afghanistan: Was unter dem Eindruck des 11. September als schneller Kreuzzug gegen die Taliban begann, wächst sich zum Dauerkonflikt aus. Der erhoffte Frieden nach dem Krieg will sich nicht einstellen. Die islamisch geprägten Gotteskrieger und zahlreichen Warlords leisten den westlichen Soldaten erbitterten Widerstand.

Die Berliner Politik reagiert entsprechend nervös. Im Herbst muss der Bundestag über die Verlängerung der drei bisherigen Afghanistan-Mandate der Bundeswehr entscheiden. Sie regeln die deutsche Beteiligung an der im Auftrag des Uno-Sicherheitsrats agierenden internationalen Nato-Schutztruppe

Isaf, den Einsatz von sechs Aufklärungs-„Tornados“ und die Bereitstellung von bis zu hundert Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) für die von den Amerikanern geführte Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ (OEF).

Der Tod der drei Bundeswehrsoldaten auf dem Marktplatz von Kunduz hat nun eine heftige Debatte über Sinn und Zweck des deutschen Afghanistan-Engagements ausgelöst.

Dabei zeigt sich die Truppe selbst erstaunlich nervenstark. Als Außenminister Frank-Walter Steinmeier dem Bundeswehr-Camp in Kunduz einen Solidaritätsbesuch abstattete, hatte er sich darauf vorbereitet, den trauernden Soldaten noch einmal eindringlich den Sinn ihres Einsatzes zu erklären. Er wollte von den dunklen Taliban-Zeiten sprechen, als Frauen gesteinigt wurden und Mädchen nicht in die Schule gehen durften.

Doch als sich der Minister am frühen Dienstagmorgen in der Kaserne mit den etwa 20 Soldaten und Zivilisten eines Wiederaufbauteams traf, schien seine geplante Ermutigung überflüssig zu sein. „Wir dürfen jetzt nicht aufgeben, sonst war das Opfer umsonst“, sagte einer der Soldaten und machte deutlich, dass die Truppen vor Ort nach dem ersten Schock womöglich motivierter sind als zuvor.

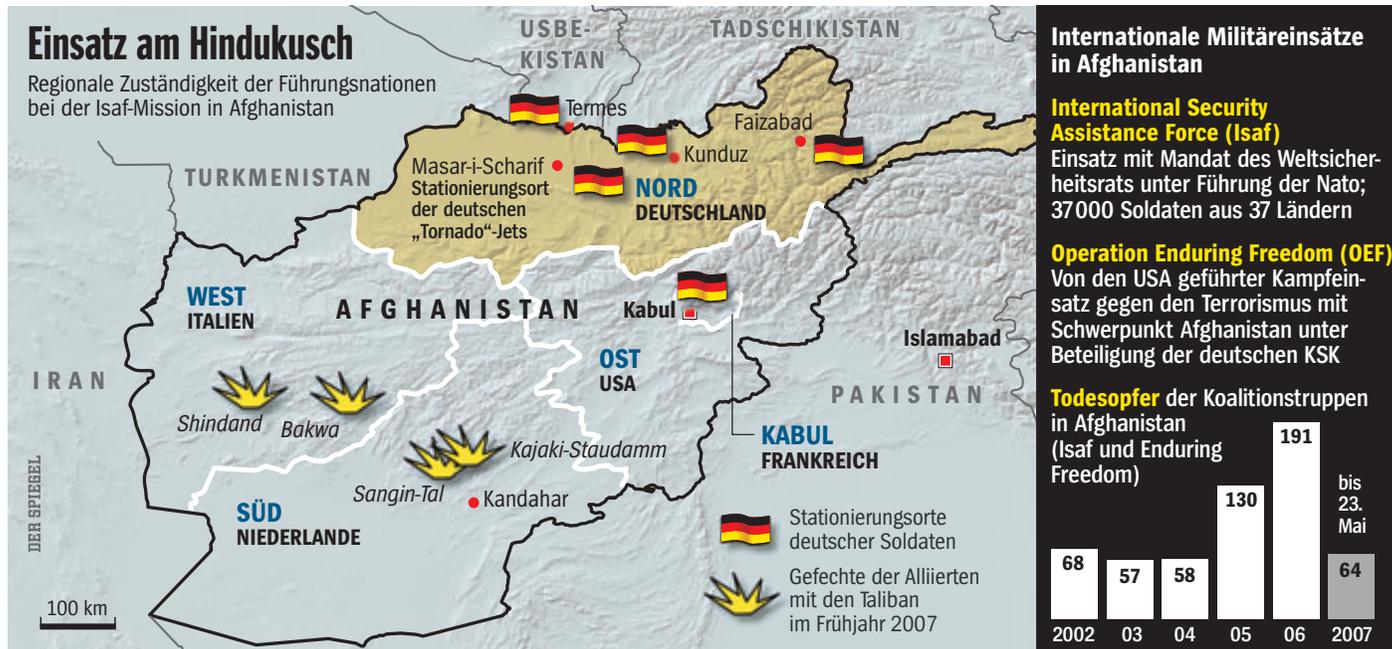
So viel Standfestigkeit konnte von der Heimatfront nicht gemeldet werden. Außer der Linkspartei will zwar niemand den sofortigen Abzug der Deutschen aus Afghanistan, aber Grüne und Teile der SPD verlangen den Ausstieg aus der US-Anti-Terror-Operation OEF. Auch SPD-Parteichef Kurt Beck fordert im SPIEGEL-Gespräch eine „Überprüfung“ dieser Mission (siehe Seite 26). Und die amerikafreundliche Kanzlerin Angela Merkel signalisiert bereits ihr Einverständnis.

Im Kern geht es um die Frage, wie militärisch der Militäreinsatz des Westens ausfallen soll. Haben die Deutschen recht, die im vergleichsweise friedlichen Norden des Landes mit ihrer „Vernetzung“ von Sicherheit und Entwicklungshilfe als eine Art bewaffnetes Technisches Hilfswerk auftreten? Oder sind Amerikaner und Briten erfolgreicher, die vor allem im umkämpften Süden und Osten des Landes mit harten Militärschlägen gegen die Aufständischen in die Offensive gehen? Gefährdet womöglich der angelsächsische Ansatz die kleinen Erfolge der Deutschen im Norden?

Vor allem die OEF-Beteiligung ist unter den Parlamentariern umstritten, denn sie gilt vielen als Symbol des rücksichtslosen US-Militäreinsatzes, bei dem immer wieder Opfer unter der Zivilbevölkerung in Kauf genommen würden. „Es kann nicht sein, dass ein Bündnispartner, die USA, durch Aktionen, bei denen viele Unschuldige ums Leben kommen, den Erfolg der gesamten Nato-Operation Isaf gefährdet“, sagt etwa der grüne Außenpolitiker Jürgen Trittin.

Die Kritiker können sich auf die Berichte von Soldaten vor Ort berufen. Die Anti-Terror-Operation sei wichtig gewesen, sagen viele von ihnen, verliere aber in dem Maß an Wert, wie sich der Aufbau ins Zivile verlagere. Im Norden zeige sich, dass es auf friedlichem Wege am besten gelinge, die Bevölkerung hinter sich zu bringen.

Solche Beziehungen, sagt ein deutscher Offizier, entstünden nur durch jahrelange Zusammenarbeit. Ein einziger Luftschlag könne das wieder zerstören. Der kompromisslose Kampf der US-Anti-Terror-Einheiten rühre an einen heiklen Punkt der zivil-militärischen Aufbauarbeit. Die Diplomaten und Soldaten der Nato-Posten



Töten oder fangen

Autor Ahmed Rashid über die Strategie der Taliban und die Chancen der Nato



Der pakistanische Journalist Rashid, 58, lebt in Lahore und hat unter anderem die Bestseller „Taliban“ sowie „Heiliger Krieg am Hindu-kusch“ verfasst.

KNUT MUELLER

SPIEGEL: Herr Rashid, ist der Selbstmordanschlag von Kunduz der Auftakt einer neuen Attentatsserie im Norden Afghanistans?

Rashid: Die Taliban treiben mit den europäischen Nato-Mitgliedern, die nicht an der eigentlichen Frontlinie stehen, ein politisches Spiel. Wir werden immer mehr Attentate erleben, die auf Staaten mit einer starken innenpolitischen Opposition gegen den Einsatz in Afghanistan zielen.

SPIEGEL: Die Deutschen glaubten bisher, mit ihrem Konzept von Wiederaufbau und Volksnähe besser zu fahren als Amerikaner und Briten. War das einfach nur naiv?

Rashid: Dieses Konzept ist jetzt Vergangenheit. Jetzt stehen alle gemeinsam an der Front. Die Deutschen müssen, um weitere Anschläge zu vermeiden, die Taliban-Zellen im Norden auch militärisch offensiv bekämpfen.

SPIEGEL: Afghanistans Präsident Hamid Karzai hat seinen Feinden Verhandlungen angeboten. Aber kann man überhaupt mit den Taliban reden?

Rashid: Ihre Führung und auch ihre Gefolgschaft sind im Kern extremistisch. Sie werden niemals Fremde in Afghanistan dulden und die Regierung Karzai niemals akzeptieren. Mit diesen Leuten lässt sich nicht verhandeln.

SPIEGEL: Was schlagen Sie vor?

Rashid: Man muss sie militärisch besiegen, man muss sie töten oder gefangen nehmen. Natürlich gibt es auch eine Menge Mitläufer, die nur dabei sind, weil sie arbeitslos waren oder weil ihre Verwandten getötet wurden – von der Nato oder den Amerikanern. Diese Gruppe könnte man durchaus zurückgewinnen.

SPIEGEL: Die Taliban köpfen ihre Opfer vor laufender Kamera, sie ermorden Polizisten oder Soldaten, die mit dem Westen kollaborieren. Warum sind sie so unfassbar brutal, selbst gegen Muslime?

Rashid: Die Taliban sind ein grenzüberschreitendes Phänomen. Sie sind zwar

Afghanen, wuchsen aber in Flüchtlingslagern und Religionsschulen in Pakistan auf. Sie stehen unter zwei prägenden Einflüssen: dem Krieg gegen die Sowjets, in dem ihre Väter in Afghanistan in den achtziger Jahren kämpften, und dem religiösen Extremismus, dem sie in Pakistan ausgesetzt waren. Diese Radikalisierung und Islamisierung führt dazu, dass einige nun auch sehr leicht die Qaida-Ideologie übernehmen.

SPIEGEL: Andererseits kämpfen alle möglichen Gruppen gegen die Regierung Karzai und die westliche Allianz.

Rashid: Die Taliban haben sich mit verschiedenen einflussreichen Führern zusammengesetzt. Dazu gehört Gulbuddin Hekmatjar, der in den neunziger Jahren Kabul beschoss, dann den Taliban unterlag und ins iranische Exil ging. Heute lebt er in Pakistan, er verfügt mit seiner Gruppe Hisb-i-Islami über erhebliche Ressourcen und kann jede Menge Selbstmordattentate veranlassen. Der Zweite ist Jalaluddin Haqqani, der aus den Stammesgebieten im Osten operiert, aus dem pakistanischen Waziristan. Er war einmal Taliban-Minister, aber eigentlich nie ein Talib. Dritter im Bunde ist die Gruppe der internationalen Kämpfer, von al-Qaida geführt oder bereits Teil davon: Araber, chinesische Muslime, Tschetschenen, Bangladescher, Sudanesen. Die Taliban haben sich auf ganz breiter Ebene Verbündete gesucht, das ist neu, das haben sie vorher nicht gemacht.

SPIEGEL: Warum sind viele Afghanen, vor allem die Paschtunen im Süden und im Osten, gegen Karzai, und warum bekämpfen sie die westliche Allianz, die ihr Land aufbauen will?

Rashid: Die Taliban bieten den Bauern Schutz und die Möglichkeit, weiterhin Mohn anzubauen, der einträglicher ist als jede andere Pflanze. Ihre Propaganda, wonach die Fremden die Felder vernichten werden, wirkt durchaus.

SPIEGEL: Was kann die Nato tun, um Bauern und Dörfler zurückzugewinnen?

Rashid: Das ist nicht einfach. Keine Hilfsorganisation nimmt es derzeit auf sich, in den Süden zu gehen, um alternative Erwerbsmöglichkeiten aufzubauen.

SPIEGEL: Müssen die Amerikaner und die Nato erst die Taliban besiegen?



Taliban-Kämpfer in Afghanistan: „Mit diesen

Rashid: Im Süden sind die Taliban sehr stark. Man muss sie bekämpfen, man muss ihnen standhalten. Wer das nicht tut, wird die Bewohner dort nicht auf seine Seite ziehen. Sie werden mit euch scheinbar kooperieren, euer Geld nehmen, aber sie werden euch nicht trauen. Viele Nato-Mitglieder, vor allem im Süden, glauben, dass sie Entwicklung und Wiederaufbau auf ihre Weise, anders als die Amerikaner, betreiben können. Das ist eine Illusion.

SPIEGEL: Die Deutschen wollen keine Truppen im Süden stationieren und eigentlich auch nicht kämpfen. Tragen Länder wie Deutschland am Ende zum Scheitern der Afghanistan-Mission bei?

Rashid: Versagt haben die Deutschen tatsächlich beim Aufbau einer afghanischen Polizei. Sie schickten 45- bis 50-jährige Provinzpolizisten ins Land, die keine Ahnung von muslimischer Kultur und von den dortigen Erfordernissen besaßen. Ein Desaster. Wir brauchen die Polizei dringend, um Sicherheit herzustellen, um den Frieden aufrechtzuerhalten, um die Drogen zu bekämpfen, um den Staat und die Regierung zu schützen. Jetzt haben die Amerikaner den Löwenanteil dieser Aufgabe übernommen und trainieren 80 000 Polizeikräfte. Das Versagen hat



Leuten lässt sich nicht verhandeln“

Afghanistan in eine sehr schwierige Lage gebracht.

SPIEGEL: Sollten die Befriedung und Stabilisierung Afghanistans scheitern, was würde das für die westliche Welt bedeuten?

Rashid: Zum einen würde Afghanistan in weit größerem Umfang eine Terrorbasis werden als vor dem 11. September 2001. Sehen Sie nur, was sich in Waziristan entwickelt hat, dem pakistanischen Stammesgebiet: Es ist heute *das* Zentrum des internationalen Terrorismus. Die andere Gefahr ist das Auseinanderbrechen des Landes. Der paschtunische Süden könnte sich vom nichtpaschtunischen Norden trennen. Die Folge wäre ein instabiler Staat, der sich wirtschaftlich nicht entwickeln kann, eine Region ohne jede Kontrolle. Hinzu käme ein Bürgerkrieg, noch viel brutaler als der letzte.

SPIEGEL: Wie lässt sich das verhindern?

Raschid: Mit ihren Luftschlägen hat die Nato den Süden Afghanistans gegen sich aufgebracht und die Lage von Grund auf verändert. Sie wollte natürlich ihre eigenen Soldaten schützen. Jetzt braucht sie mehr Bodentruppen. Sollte die Nato das ganze Jahr 2007 wieder mit Luftschlägen bestreiten, dann ist der Krieg gegen die Taliban verloren.

INTERVIEW: SUSANNE KOELBL

arrangierten sich häufig mit ehemaligen Warlords oder mit Clanchefs. Diese Leute gehörten zwar „eigentlich nach Den Haag vors Kriegsverbrechertribunal“, seien aber zur Befriedung der Region bisweilen vorübergehend wichtig. Würden die afghanischen Partner dann von OEF-Einheiten aus anderen Gründen angegriffen, drohe die mühsame Stabilisierung auf Dauer zu scheitern.

Die Gegner der US-Anti-Terror-Operation heben immer wieder die Unterschiede zwischen dem amerikanischen Brachialeinsatz und den eher besonnen agierenden Isaf-Truppen hervor. Doch auch diese Einheiten sind längst selbst verwickelt in Kämpfe gegen die „militanten Oppositionskräfte“, wie die Militärs euphemistisch



Deutsches Anschlagsoffer (in Kunduz)
„Jetzt nicht aufgeben“

die unheimliche Koalition aus Taliban, al-Qaida, Drogenmafia und den Milizen diverser Warlords nennen. Für die Afghanen sei der Unterschied zwischen den verschiedenen westlichen Militärformationen schon lange nicht mehr zu erkennen.

In Kabul liegen die Büros der beiden Truppen nur wenige Blocks voneinander entfernt. Isaf und OEF haben jeweils einen Offizier in den anderen Stab entsandt, um in heiklen Fällen zu „entstreiten“ (to deconflict), wie ein deutscher General es nennt: „Zwei unterschiedliche Operationen in einem Land sind eine sportliche Herausforderung“, sagt der Mann.

Um sich nicht in die Quere zu kommen, sind beide Leitungsstäbe angewiesen, unterschiedliche „Gefechtsräume“ abzugrenzen, die sie für sich reservieren. Doch in der Praxis sind vor allem die Amerikaner eifersüchtig darauf bedacht, sich nicht in die Karten sehen zu lassen.

„Die linke Hand weiß oft nicht, was die rechte tut“, sagt Winfried Nachtwei, Wehr-Experte der Grünen, der mit seinen Kollegen Jürgen Trittin und Renate Künast erst vor kurzem auf Erkundungsmission in Kabul war. In Wahrheit herrsche zwischen OEF und Isaf ein „ziemlicher Kuddelmuddel“, glaubt auch die FDP-Expertin Elke Hoff nach einem Besuch am Hindukusch. Selbst der Verteidigungsminister hat den „Eindruck“, dass manche Aktionen „nicht abgestimmt“ seien.

Doch auch die Isaf-Führung behält vieles für sich – auf Drängen der Deutschen. Nach dem Willen des Bundestags sollen die gestochen scharfen Bilder der „Tornado“-Aufklärungsflugzeuge nur „restriktiv“ weitergegeben werden. Zur Kontrolle hat die Luftwaffe eigens einen Oberst entsandt, der verhindern soll, dass die Datenbank mit etwa 1500 Fotos in falsche Hände gerät.

Der Zugang zu den Daten sei mit einem Passwort geschützt, „damit nur Isaf-Leute rankommen“, behauptet der Oberst, doch auch er weiß, dass die Lufthoheit in Afghanistan von den Amerikanern ausgeübt wird. Alle Einsätze westlicher Kampffljets werden von der US-Kommandozentrale in Katat gesteuert. Und die unterscheidet nicht zwischen Isaf, OEF oder anderen Einheiten. Nato-Militärs gehen deshalb fest davon aus, dass Katat auf alle Aufklärungsergebnisse Zugriff hat – und damit auch auf die deutschen Fotos.

Kommandeur der Isaf ist der amerikanische Vier-Sterne-General Dan McNeill, der insgesamt etwa 37 000 Soldaten befehligt. Das größte Kontingent stellen mit 15 000 Soldaten die USA, gefolgt von Briten (5200) und Deutschen (3000). Um für eine bessere Abstimmung der unterschiedlichen Missionen zu sorgen, vereinbarten die Nato-Partner, dass in Kabul ein Stellvertreter McNeills in Personalunion sowohl die Kampfeinsätze der Isaf-Truppen als auch die Aktionen der Anti-Terror-Ein-



JOHN MOORE / GETTY IMAGES

US-Soldaten in Afghanistan: Harte Militärschläge

heiten steuern sollte. Doch die USA setzten sich eigenmächtig über die Verabredung hinweg.

Seit April kommandiert der amerikanische Zwei-Sterne-General David Rodriguez die Operation Enduring Freedom am Hindukusch, er ist gleichzeitig Chef des Regionalkommandos Ost der Isaf – ein verwirrendes Nebeneinander der Kompetenzen. Als Isaf-Kommandeur untersteht Rodriguez Nato-General McNeill. Als OEF-Chef lässt er seinen US-Kameraden häufig im Dunkeln, denn seine Befehle kommen aus dem US Central Command (CENTCOM) in Tampa, Florida.

Aber es sind nicht nur diese beiden Operationsteams, die sich in Afghanistan immer wieder gegenseitig behindern. Daneben operiert ein gefährlicher Wirrwarr weiterer Einheiten:

- ▶ Spezialkräfte (Special Forces) der USA sind formal dem OEF-Kommandeur Rodriguez zugeordnet, erhalten ihre Einsatzbefehle aber meist direkt aus dem Pentagon in Washington;
- ▶ Sondereinheiten des US-Geheimdienstes CIA, von deren Existenz selbst die Offiziere der Nato und Bundeswehr offiziell nichts wissen. Über die Aufgabe dieser Truppen machen sich die Militärs keine Illusionen. Die CIA-Greiftruppe, heißt es bei ihnen schlicht, seien „Mordkommandos“, weil sie gezielt Jagd auf al-Qaida-Leute machten;
- ▶ Truppe der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde (DEA), die mit militärisch gedrillten afghanischen Hilfskräften Mohnfelder zerstören und nach Ansicht des früheren britischen Kommandeurs David Richards den Wiederaufbauteams „Scherereien“ mit der Drogenmafia bereiten.

Anders als deutsche Politiker und Bundeswehrosoldaten vor Ort beurteilten führende Militärs die Zusammenarbeit von Isaf und OEF indes positiv: „Ohne die Unterstützung der OEF-Truppen“, warnt ein

deutscher Nato-General, „könnte Isaf die Koffer packen.“ Oft genug eilten amerikanische Einheiten der überforderten Isaf zu Hilfe. Ohne die Anti-Terror-Kräfte im Osten an der Grenze zu Pakistan, sagt ein hoher Offizier im Berliner Wehressort, könnten Taliban-Kämpfer praktisch ungehindert nach Kabul durchmarschieren.

Die Einteilung in „gute Isaf“ und „böse OEF“ will Verteidigungsminister Jung deshalb nicht gelten lassen. Die regulären OEF-Truppen bereiteten wenig Schwierigkeiten, meinen auch Nato-Militärs. „Das eigentliche Problem sind die Special Forces“, sagt ein deutscher General.

Vor allem deren Einsätze waren es, die für massive Opfer unter der afghanischen Zivilbevölkerung sorgten. „Wir können zivile Opfer und die Art, wie sie entstehen, nicht mehr hinnehmen“, wettete jüngst Präsident Hamid Karzai in Kabul, „die Ge-

duld unserer Bevölkerung neigt sich dem Ende zu.“

Keine zwei Wochen später starben erneut Dutzende Zivilisten, als bedrängte US-Spezialkräfte wieder einmal Bomber anforderten.

Der Vorfall brachte auch den deutschen Verteidigungsminister gegen die Amerikaner auf. Die US-Truppen müssten mehr Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nehmen, forderte Jung: „Wir sind Befreier, nicht Besatzer.“

Auf Anregung der Deutschen trug Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer die Kritik in der vergangenen Woche erstmals auch dem US-Präsidenten vor. Der wiegelte ab. Er trauere zwar mit den afghanischen Familien, die „unschuldige Angehörige verlieren“. Verantwortlich dafür sei allerdings die Kampfart der Taliban, die sich oftmals mit „unschuldigen Zivilisten umgeben“. Im Übrigen sollten die Nato-Verbündeten – bitte schön – einen größeren Anteil der „Lasten und Risiken“ schultern.

Zumindest in Deutschland hält sich die Neigung in Grenzen, die Truppen in Afghanistan aufzustocken. Die schwarz-rote Koalition ist allenfalls bereit, die Entwicklungshilfe über die bisher geplanten hundert Millionen Euro hinaus zu erhöhen. Auch über mehr Polizeitrainer und Militärausbilder für die afghanische Armee würde Berlin mit sich reden lassen – nicht aber über mehr Soldaten. Die Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen der Anti-Terror-Operation OEF steht vor dem Ende.

„Wir müssen genau hinschauen, ob diese Mission noch ihren Sinn erfüllt“, beschreibt SPD-Fraktionsvize Walter Kolbow die Abneigung der Genossen. Selbst die gewöhnlich regierungstreuen Wehrpolitiker der SPD fordern, den Einsatz des KSK aus dem Bundestagsmandat zu streichen.

Es wäre ein Preis, den notfalls die Union an die Sozialdemokraten entrichten würde, um die Verlängerung des übrigen Afghanistan-Mandats im Herbst zu sichern. Die Kanzlerin und auch die Fraktion haben intern bereits signalisiert, dass sie der SPD in diesem Punkt entgegenkommen würden.

„Militärisch gesehen“ hätte der Verzicht auf die hundert KSK-Soldaten „keine besondere Bedeutung“, sagt Briten-General Richards. Politisch aber ist der Ausstieg von großer Brisanz – es wäre ein weiterer Schritt weg von der „ungeeigneten Solidarität“, die Gerhard Schröder im Herbst 2001 den USA im Kampf gegen Terror in Afghanistan und anderswo versprochen hatte.

Der Kanzler hatte damals eine entschiedene Verbündete: die Oppositionsführerin Angela Merkel. In einem Telegramm an den US-Präsidenten sicherte auch sie ihm „Solidarität“ zu: „Die CDU steht im Kampf gegen den internationalen Terrorismus fest an der Seite der Vereinigten Staaten.“

RALF BESTE, KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN, ALEXANDER SZANDAR

UMFRAGE: AFGHANISTAN

„Wie sollte der militärische Einsatz der Deutschen in Afghanistan künftig aussehen?“

Soldaten bald abziehen



Einsatz weiterführen wie bisher



Engagement verstärken



TNS Forschung für den SPIEGEL vom 21. und 22. Mai; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent; „weiß nicht“/keine Angabe